



F 54017 /

ISSN 1860-5648 /

www.julis.de

# JUNG+LIBERAL

Das MitgliederMagazin der Jungen Liberalen

3/2012



WO  
BLEIBT  
DIE RENTE?



**DEUTSCHLAND.  
OHNE SCHULDEN.  
FREI.**

WWW.JULIS.DE



Wenn der Schuldenberg nicht bald abgebaut wird, zwingt er die Jugend in die Knie!  
Kampagnenauftritt vor dem Brandenburger Tor in der Bundeshauptstadt.



"Heute schon an morgen denken"  
JuLis Rems-Murr



Infostand in Würzburg



...in Oranienburg

**WIR DANKEN ALLEN JULIS,  
DIE SICH AN UNSEREM  
AKTIONSMONAT  
BETEILIGT HABEN!**



...in Rendsburg



...in Weimar



"Berlin wird vom Pleitegeier regiert"

...in Braunschweig

**DU WILLST UNSERE ARBEIT NICHT NUR IDEELL UNTERSTÜTZEN?**  
Helfe uns mit Deiner Spende dabei weiterhin gute Aktionen stemmen zu können.  
Einfach diesem QR-Code folgen und nach Deinen Möglichkeiten dazu beitragen:



**INHALT > 03/2012**



> SEITE 4/5  
**ZUKUNFT DER ARBEIT**  
Die Liberalen haben sich zuletzt kaum noch mit Arbeitnehmerfragen jenseits der Deregulierung des Arbeitsmarktes beschäftigt. Das ist ein Fehler, den es zu beheben gilt.



> SEITE 6-9  
**GLEICHE LEBENSVERHÄLTNISSE?**  
Pro & Kontra: Welches Minimum an Infrastruktur muss der Staat in dünn besiedelten Gebieten gewährleisten?



> SEITE 14/15  
**WO IST LASSE?**  
Jeder von uns hinterlässt jede Menge digitale Spuren - und es werden immer, immer mehr. Das wollen wir sichtbar machen, am Beispiel eines Tages im Leben von Lasse.



> SEITE 18/19  
**NOCH EINE CHANCE FÜR DIE LIBERALEN!**  
Die FDP auf dem Weg zur Bundestagswahl.

- 2 Deutschland. Ohne Schulden. Frei.
- 3 Editorial
- 4 Zukunft der Arbeit
- 6 Ländlicher Raum
- 10 Kapitaldeckung als Allheilmittel
- 12 Ressourcen und Wachstum
- 13 Auf eine Tasse Kaffee mit Lasse
- 14 Wo ist Lasse
- 16 Liberaler Feminismus?
- 18 Religiöse Beschneidung
- 20 Foto-Story Organspende
- 22 Noch eine Chance für die Liberalen!
- 23 Internationale Seite

**EDITORIAL >**

**LIEBE JULIS,**

**„Kampf der Generationen?“**

im Boulevard – und stellenweise selbst in erstzunehmenden Publikationen – wird seit Jahren, wenn nicht gar Jahrzehnten, bei der Betrachtung eines wie auch immer gearteten Komplexes der Generationengerechtigkeit ein Kampf der unterschiedlichen Generationen konstatiert. Ein Gegeneinander, mit Siegern und Verlierern.

Die Probleme, die unser System zu bewältigen hat lassen sich aber auch weit weniger pathetisch behandeln – und nicht nur auf z.B. die Finanzierung sozialer Sicherungssysteme reduzieren.

Unter Generationengerechtigkeit wie auch unter Gerechtigkeit per se versteht jeder etwas anderes. Im politischen Diskurs fällt zuerst einmal die gerechte Verteilung von Lebenschancen und Lebensqualität, die zwischen heutigen und künftigen Generationen, wie auch die Finanzierbarkeit - und der damit einhergehenden Schuldzurückhaltung ein. Genau diesen Komplexen möchten wir uns widmen – angefangen mit dem collagierten Rückblick auf unsere Schuldenaktion linker Hand dieses Editorials, bis

hin zu den inhaltlichen Beiträgen dieses Hefts; diese möchten einen etwas anderen Blick auf die Problematik der Generationengerechtigkeit werfen als wir es aus unseren normalen Programmdebatten gewohnt sind: Nicht nur die Finanzierbarkeit unserer sozialen Sicherungssysteme soll primär beleuchtet werden, auch zivilisatorische Fragestellungen nach dem Umgang mit natürlichen Ressourcen, der Ausgestaltung unserer Arbeitswelt, wie auch dem Problem des politischen Umgangs mit dem auseinanderdriften infrastruktureller Versorgung wird Rechnung getragen.

Außerhalb der Schwerpunktsetzung dieser Ausgabe möchten wir – unterstützt durch eine kleine Foto-Story – dazu anregen, sich mit dem Thema Organspende zu befassen. Eine schwierige und sehr persönliche Frage. Wir würden uns freuen, wenn unser Anstoß den einen oder anderen dazu bringt sich intensiver mit Thema zu beschäftigen, oder gleich von dem dieser Ausgabe beigelegten Organspendeausweis gebraucht macht!

**Viel Spaß bei der Lektüre auch zu diesem Thema wünscht Euer Michael.**



**Michael im Netz**  
E-MAIL lindner@julis.de  
FACEBOOK mlin83  
WWW michael-lindner.info



## ➤ ARBEITNEHMERPOLITIK ALS LIBERALES ZUKUNFTSTHEMA

»Die Gewerkschaftsfunktionäre sind die wahre Plage in Deutschland.«

Spätestens seit diesem Frontalangriff von Guido Westerwelle im Jahr 2005 haben sich die Liberalen kaum noch mit Arbeitnehmerfragen jenseits der Deregulierung des Arbeitsmarktes beschäftigt. Das ist ein Fehler, den es zu beheben gilt.

# M

it dem genannten Zitat trat Guido Westerwelle vor sieben Jahren das Los, was man heute wohl einen veritablen Shitstorm nennen würde. Tragisch war dabei, dass der heutige Außenminister zwar durchaus ein zentrales Thema der Zukunftsfähigkeit Deutschlands und Europas streifte, eine konstruktive Debatte aber mit seiner katastrophalen Wortwahl unmöglich gemacht hatte. Gewerkschaften werden von vielen Liberalen als überflüssig angesehen. Dabei wird übersehen, dass ohne diese ein liberales Staatsgebilde nicht funktionieren kann. Darüber hinaus wird nur gemeinsam mit den Gewerkschaften eine Gestaltung des derzeitigen Transformationsprozesses von Arbeit möglich sein, der auch der jüngeren Generation in Zukunft Entwicklungschancen bietet. Vor diesem Hintergrund ist es höchste Zeit, das Thema Arbeitnehmer- und Gewerkschaftspolitik zu einem, wenn nicht dem liberalen Zukunftsthema zu machen.

Unfraglich ist es so, dass viele Gewerkschaftsfunktionäre bis heute eher dafür kämpfen, das zu bewahren, was in der Vergangenheit erkämpft wurde – und dabei gerne übersehen, dass die Forderungen gar nicht mehr in die Lebensrealität ihrer potenziellen und tatsächlichen Mitglieder passen. Die Folge ist ein seit Jahrzehnten anhaltender Mitgliederschwund, der, sollte er nicht doch noch gebremst werden, bei ver.di etwa rein rechnerisch dazu führen würde, dass das letzte Mitglied im Jahr 2050 die Gewerkschaftszentrale absperrt und den Schlüssel in der Spree versenken könnte. Genau diese Schwäche der Gewerkschaften legt aber nicht nur die Axt an das sozialpartnerschaftliche Modell des „Rheinischen Kapitalismus“, weil die Lohnfestsetzung dann zwangsläufig vom Staat ausgehen wird. Das ist fast so etwas wie ein ultimatives Altraumscenario für jeden Liberalen. Vielmehr würden die Gewerkschaften auch dringend gebraucht, um in einer sich zergliedernden, individualisierten Arbeitswelt mit fragmentierten Erwerbsbiografien die Zukunftsfähigkeit der deutschen und europäischen Arbeitnehmer – und damit auch der Wirtschaft – sicherzustellen.

Das Normalarbeitsverhältnis, in dem man von der Ausbildung bis zur Rente bleibt, vielleicht ein- oder zweimal unterbrochen durch Firmenwechsel, ist für immer weniger Menschen Realität. Dass es dabei eine gewisse Schicht von besonders gut ausgebildeten und flexiblen Menschen gibt, die diese neue Freiheit immer angestrebt haben und erst in dieser in der Lage sind, ihre kreativen Potenziale auszuschöpfen und sich dabei selbst zu verwirklichen, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass für viele Menschen diese Entwicklungen eher bedrohlich wirken – zumal dann, wenn sie auch noch von Niedriglöhnen in immer mehr Branchen begleitet werden. Das hat auch gesellschaftliche Auswirkungen, die ganz unterschiedlich sein können. Man denke etwa an ausbleibende Beiträge in der Arbeitslosen-, Kranken- oder Rentenversicherung, eine weiter zurückgehende Geburtenrate aufgrund einer mangelnden Planbarkeit des weiteren Lebens oder den weiteren Rückgang gesellschaftlichen Engagements aufgrund der zunehmenden psychischen und zeitlichen Belastungen in der Arbeitswelt.

Die Entwicklungen lassen sich langfristig nicht dadurch aufhalten, dass der Staat immer weiter reglementiert – und die Unternehmen immer wieder Mechanismen finden, diese zu umgehen. Der einzige erfolgversprechende Weg ist, möglichst viele Arbeitnehmer umfassend und kontinuierlich weiter zu qualifizieren, um möglichst breite Schichten zu wertvollen Ressourcen für die Wirtschaft zu machen. Das bringt nicht nur Produktivitätsfortschritte – und damit mehr Spielraum auch für die Bezahlung der eigenen Mitarbeiter –, sondern sorgt gleichzeitig für eine Knappheit von Ressourcen bei den einfachen und derzeit häufig sehr schlecht bezahlten Tätigkeiten und damit für steigende Löhne am unteren Ende der Lohnskala. Ganz ohne Staatseingriff wohlgermerkt.

Diese Bildungsleistung, die in Zeiten großer Loyalität und lange anhaltender Arbeitsbeziehungen zwischen Unternehmen und Arbeitnehmern maßgeblich auf der betrieblichen Ebene geleistet wurde – und inzwischen eben immer weniger geleistet wird – wäre das richtige Betätigungsfeld für moderne Gewerkschaften mit einem zukunftsfähigen Leitbild. Wer sonst soll in einigermaßen strukturierter Form die Idee des lebenslangen Lernens in Angebote umsetzen? Denkt man dieses Modell weiter, kommt man auch recht schnell zur Erkenntnis, dass hier der Grundstein für eine liberale Antwort auf die Idee des „Bedingungslosen Grundeinkommens“ liegen kann. Denn dieses beschreibt zwar durchaus richtig die zunehmende Herausforderung von fragmentierten und mit Lücken versehenen Berufslaufbahnen, weiß als Antwort aber auch wieder nur staatliche Subventionierung anzubieten.

Derzeit befinden sich viele Gewerkschaften noch in einer Schockstarre, weil ihnen die Antworten ebenso fehlen wie der Politik. Das sorgt dafür, dass sie eine Politik betreiben, die maßgeblich darauf ausgerichtet ist, den bestehenden Mitgliedern den Zwang zum Wandel möglichst bis zur Rente vom Leibe zu halten. Das ist in dieser Form nicht generationengerecht. Vor diesem Hintergrund ist Kritik an der Gewerkschaftspolitik durchaus angebracht. Allerdings muss sie, schon aus Eigennutz, konstruktiv sein. Wer eine liberale Gesellschaft will, in der der Staat nicht von Intervention zu Intervention springt, braucht die Gewerkschaften als starken Gegenpol zu den Arbeitgebern. Und wer will, dass die Menschen in Deutschland und Europa ohne jeden Tag in Zukunftsangst zu leben ihre Potenziale entfalten können und unseren gemeinsamen Wirtschaftsraum damit wetterfest zu machen, braucht moderne, flexible, kreative Gewerkschaften, die auf den Einzelnen vertrauen.

**CHRISTOPH GIESA** (31) ist ehemaliger Landesvorsitzender der JuLis Rheinland-Pfalz und beschäftigt sich als Autor und Berater derzeit mit der Zukunft der Arbeit.

**E-MAIL** mail@christophgiesa.de  
**TWITTER** christophgiesa  
**FACEBOOK** christoph.giesa  
**WEB** www.christophgiesa.de



# >GLEICHWERTIGE LEBENSVERHÄLTNISSE IM LÄNDLICHEN RAUM

>Marcus Faber

## Zukunftschancen ermöglichen – überall

**D**eutschland ist das beliebteste Land der Welt. Unsere Heimat gehört zu den führenden Wirtschaftsnationen, seine Bevölkerung zu den Produktivsten. Unser Wohlstand wächst seit Jahrzehnten. Dies ist eine Erfolgsgeschichte, aber es ist keine Selbstverständlichkeit. Wie in der Vergangenheit, so wird sich Deutschland auch in Zukunft Herausforderungen stellen müssen, um das Glück seiner Bürger zu mehren. Die absehbar größte Herausforderung der nächsten Jahrzehnte ist der demographische Wandel. Deutschland wird alt, und die Deutschen weniger. Die älteste Region Europas wird 2030 mit Sachsen-Anhalt im Herzen Deutschlands liegen.

Auch in dieser Republik wird Politik die Aufgabe haben, gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Landesteilen zu ermöglichen. Die Bewältigung dieser Aufgabe wird erschwert, wenn die Diskrepanz zwischen den Regionen größer wird und die Mitte ausdünnt. Die am dünnsten besiedelten Gebiete der BRD (s. Infobox auf Seite 8) sind heute auch die mit der höchsten Abwanderung. Dieser Zusammenhang ist nicht zwangsläufig, aber er ist da. Er gibt Auskunft darüber, dass die Lebensqualität in der Gegenwart in einem Zusammenhang mit der Bevölkerungsdichte steht. Die Schere in der Besiedlungsstruktur der BRD öffnet sich, ein Prozess, der sich derzeit selbst verstärkt und dessen Ende nicht absehbar ist.

Lebensqualität kann man nicht nur in Geld aufwiegen. Der Mehrwert eines Waldspaziergangs vor der Haustür ist kaum kalkulierbar. Die Entfernung zum nächsten See mit der Entfernung zum nächsten Kino zu vergleichen führt nicht weiter. Dennoch zeigt die Gleichförmigkeit der Ausdünnung der ohnehin schon dünn besiedelten Regionen, dass, bei allen Vorteilen, die ländliche Räume bieten, sie derzeit Bevölkerung verlieren. Je ländlicher sie sind, umso größer die Verluste in der Einwohnerentwicklung.

Diese Entwicklung hat dabei nur sehr wenig mit der Kompetenz oder Inkompetenz der lokalen Politik zu tun. Eine Wettbewerbsidee zwischen den Regionen, die hier über die Landkreise dargestellt werden, ist daher zweifellos nicht falsch, aber sie greift entschieden zu kurz. Die Stellschrauben der kommunalen Ebene sind nicht ausreichend, um bei richtigem Einsatz die Entwicklung einer Region maßgeblich zu ändern. Das Band der am dünnsten besiedelten Regionen zieht sich daher auch als Band der zukünftigen Ausdünnung vor allem durch Norddeutschland, von Niedersachsen bis an die polnische Grenze in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern.

Mit der Ausdünnung der Bevölkerung geht die Ausdünnung der örtlichen Wirtschaftskraft einher. Im gleichen Atemzug schrump-

fen die kommunalen Haushalte. Die deutschen Standards öffentlicher Infrastrukturen, von Straßen über Schulen bis hin zu gesundheitlicher Versorgung und innerer Sicherheit werden die Kommunen in den betroffenen Regionen immer weniger selbst finanzieren können. Der Aufbau notwendiger neuer Infrastrukturen, wie etwa des Breitbandinternets – auch als Chance zur wirtschaftlichen Entwicklung – gelingt spät, unvollständig oder gar nicht.

Liberaler Politik muss darauf eine Antwort haben. Wo der Wettbewerb der Kommunen und Regionen versagt, wo der Markt Einzelne abhängt, muss auch liberale Politik sich klar zur Garantie eines staatlichen Rahmens und zur Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in ganz Deutschland bekennen. Liberale haben schon immer die Selbstbestimmung als hohes Prinzip ihrer Politik gesehen. Auch in der Sozialpolitik haben wir mit dem Bürgergeld und dem persönlichen Budget darauf gesetzt, den Menschen eine Basis zu bieten, von der aus sie selbst entscheiden können, was sie mit ihrem Leben machen. Der Staat bietet den Rahmen, in dem sich Bürger frei entfalten. Auch der Markt der Regionen braucht einen Rahmen, der sein Funktionieren dauerhaft ermöglicht, in dem er allen Regionen Entwicklungschancen erhält – sie nicht gleich, aber doch vergleichbar hält.

Dabei geht es nicht um neue Autobahnen in die Uckermark, nicht um ICE-Halte auf freiem Feld und nicht darum, dass gerade die Prignitz das schnellste Internet in Deutschland braucht.

Es geht nicht um Prestige, es geht um Anschlussfähigkeit der Regionen und um gleichwertige Lebensverhältnisse für die Menschen, die in ihnen leben. Es geht darum, die Grundlage, für die liberale Sozialpolitik mit Bürgergeld und persönlichem Budget steht, auch für öffentliche Infrastrukturen und Dienstleistungen zu erhalten, um Leistungsfähigkeit, jenseits von Existenzangst, in allen Teilen Deutschlands und für alle Bürger zu ermöglichen.

Ganz praktisch geht es darum, dass die Schulklassen in den betroffenen Regionen kleiner sind, damit die (Grund-)Schüler nicht zwei Stunden am Tag im Bus sitzen. Es geht darum, dass der Handwerker auch in der Altmark Aufträge übers Internet akquirieren und abwickeln kann. Es geht darum, dass die Straßen vor Ort befahrbar bleiben. Es geht darum, dass der Rettungswagen beim Herzinfarkt nicht erst nach einer Stunde kommt. Es geht darum, dass man in der Mecklenburgischen Seenplatte zu recht weiterhin auf die Polizeistreife vertrauen kann, statt nur auf die Schrottplatte im Schrank.

Das klingt dramatisch. Das klingt als könnte einen solchen Standardabbau niemand wollen. Doch, jemand wird dafür zahlen müssen, dass es mehr Lehrer auf 1 000 Schüler gibt, dass es vor Ort Breitbandinternet trotz weniger Nutzer gibt, dass auch die Kreisstraßen gepflegt werden, dass es auf 100.000 Einwohner mehr Rettungswagen kommen als in Regionen mit dreifacher Einwohnerdichte, und dass die Polizei mehr bleibt als eine Telefonnummer.

Bei den Landkreisen mit einem Viertel, oder weniger, der Einwohnerdichte Deutschlands, handelt es sich um 10 Landkreise in 5 Bundesländern. So viel Bürger wie in München leben in ihnen, verteilt auf der Fläche Belgiens. Deutschland ist groß und stark genug, um auch diesem Teil seiner Bürgerschaft ein Leben in Freiheit und größtmöglicher Selbstbestimmung zu eröffnen. Lebensqualität und -verhältnisse, die nicht gleich sind, aber gleichwertig bleiben, und der Heimat aller Deutschen eine Chance auf Zukunft geben.

**MARCUS FABER** (28) ist Stadtrat der Hansestadt Stendal und stellv. Vors. der FDP Sachsen-Anhalt.

E-MAIL [faber@julix.de](mailto:faber@julix.de)



>Stefan Siegle

## Schlaue Lösungen und Engagement für den ländlichsten Raum

Obwohl deutschlandweit der Bevölkerungsrückgang im letzten Jahr durch Zuwanderung ausgeglichen werden konnte, schlagen der demographische Wandel und innerdeutsche Wanderungsbewegungen in verschiedenen Regionen unterschiedlich hart zu. Das führt dazu, dass in den am dünnsten besiedelten Regionen mit schrumpfender Einwohnerzahl Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge immer unwirtschaftlicher und letztendlich mit großen Mengen Geld subventioniert werden. Ein Krankenhaus oder ein Freibad für

2000 Einwohner können nicht wirtschaftlich betrieben werden. Und auch von Mobilfunkanbietern kann nicht verlangt werden, weit abseits der Ballungsräume neben Netzabdeckung auch beste Qualität und Datengeschwindigkeit anzubieten, die entweder zu großen Verlusten oder zu deutlicher Mehrbelastung der Kunden in dichter besiedelten Gebieten führt. Reflexartig kommt deshalb nicht selten der Ruf, dass diese Regionen besondere Unterstützung brauchen und die Zeche jemand anderes bezahlen soll.

Mit den Füßen, also durch Zu- und Wegzug

stimmen die Bürger darüber ab, welche Regionen attraktiv und lebenswert sind. Während in München, Düsseldorf oder Hamburg die Mietpreise explodieren, fördert der Staat in anderen Regionen den Abriss von Wohnraum finanziell, damit die Immobiliengesellschaften überleben können. Die Frage, die sich stellt, ist: Ist es Aufgabe des Staates, eine flächendeckende, qualitativ hochwertige, deutschlandweite Versorgung mit Verkehrs- und Beförderungswesen, Gas-, Wasser-, und Elektrizitätsversorgung, Müllabfuhr, Abwasserbeseitigung, Bildungs- und Kulturein-

richtungen, Highspeed-Internet, Krankenhäuser, Friedhöfen und Schwimmbädern zu finanzieren und dabei die Wirtschaftlichkeit zu ignorieren? Das wäre ungerecht, weil die Gesamtwohlfahrt durch diese Ineffizienz Geld verschwendet wird, das anderswo besser eingesetzt werden kann. Bürger entscheiden sich aus den unterschiedlichsten Gründen dafür, aus einer bestimmten Region wegzuziehen oder eben dort nicht hinzuziehen. Sie bezahlen mit höheren Lebenshaltungskosten für diese Entscheidung, dennoch sollen auch noch ihre Steuern dafür verwendet werden, überdimensionierte und unwirtschaftliche Einrichtungen im ländlichsten Raum zu subventionieren, obwohl davon nur eine Hand voll Menschen profitieren.

Extra-Förderungen stärken das Anspruchsdenken und hemmen bürgerschaftliches Engagement. Wer tatenlos dabei zusieht, wie die Heimat ausblutet, der hat es schlicht auch nicht verdient, dass andere ihm dafür ihr Geld nachwerfen. Statt nach Vater Staat zu rufen, ist es Aufgabe der Kommunen und Landkreise, effiziente Lösungsansätze zu finden, die der Situation gerecht werden. Jeder ist aufgerufen, seinen Beitrag dazu zu leisten, seine Heimat wieder auf Erfolgskurs zu bringen. In abgelegenen Gegenden profitieren die Menschen von sehr niedrigen Lebenshaltungskosten, da kann erwartet werden, dass privates Engagement dort einspringt, wo die öffentliche Hand überfordert ist.

Die Versorgung in Großstädten darf nicht als Maßstab für alle hergenommen werden, obwohl das freilich wünschenswert wäre. Abgelegene Regionen müssen eigene Methoden entwickeln, mit ihren spezifischen Problemen umzugehen und sich dabei nicht an Großstädten, sondern an vergleichbaren Regionen überall auf der Welt orientieren. In anderen Industrienationen gibt es noch viel dünner besiedelte Regionen, und vielerorts wurden bereits schlaue Lösungen für die dortigen Probleme gefunden. Das bedeutet nicht, dass zukünftig in Mecklenburg-Vorpommern der Arzt wie in Australien nur noch mit dem Flugzeug zu seinen Patienten kommen soll. Aber wenn beispielsweise durch einen zusätzlichen Rettungshubschrauber für die wenigen wirklich zeitkritischen Einsätze zehn Kleinstkrankenhäuser geschlossen werden können, dann handelt es sich nur noch um eine Frage des Komforts, diese Entscheidung so nicht zu treffen. Und Komfort ist keine Staatsaufgabe. Wer ihn haben will, der soll ihn auch selbst bezahlen.

Über die Gewerbesteuerschraube und öffentlichen Baugrund haben sich schon viele Gemeinden vom Nest zur Boomregion gemau-

sert. Ausgefallene Ideen für den Tourismus können überall auf der Welt abgekupfert werden. Technologiecluster einer bestimmten Branche sind schon in den entlegensten Gebieten aus dem Boden gestampft worden.

Auch die Spezialisierung von Nachbargemeinden auf jeweils einen Aspekt der Daseinsvorsorge in Kombination mit einem ausgebauten öffentlichen Nahverkehr ist viel günstiger, als in jedem Dorf ein Spaßbad, eine Bibliothek, und ein Krankenhaus zu betreiben. Niemand verbietet es Kommunen, Unternehmen oder Bürgerinitiativen über die zur Verfügung gestellten Landes- und Bundesmittel hinaus öffentlichen Personennahverkehr zu subventionieren, um die Anbindung an Ballungsräume zu verbessern. So können auch einwohner-schwache Regionen von den Einrichtungen der Großstädte profitieren, ohne sie bezahlen zu müssen. Gleichzeitig steigt die Attraktivität für Stadtmenschen, die lieber auf dem Land wohnen und in die Stadt pendeln wollen. Sind für Hochqualifizierte keine Arbeitsplätze in der Region vorhanden, kann diese den Brain Drain durch gute Anbindung an Regionen, die diese Menschen suchen abgeschwächt werden. Nur darf man sich da nicht hinter Bund und Land verstecken, denn die investieren die knappen Mittel zu Recht dort, wo sie am effektivsten eingesetzt werden können. Steht man auf der Prioritätenliste ganz unten, muss man andere Wege der Finanzierung suchen und entweder selbst aktiv werden oder Private-Public-Partnership-Projekte anstoßen.

Das sind nur einige, naheliegende Beispiele, wie öffentliche Daseinsvorsorge fair, flächendeckend und doch effizient organisiert werden kann, ohne einfach nur nach Geld „von oben“ zu schreien. Die Palette an Ideen und Lösungsansätzen ist riesig und noch lange nicht ausgeschöpft. Es gibt also zumindest vorerst noch keinen Grund, Extrageld von der Allgemeinheit zu fordern.

**STEFAN SIEGLE** (26) ist ehemaliger Landesvorsitzender der JuLis Bayern.

**E-MAIL** stefan.siegle@julibayern.de



### Landkreise mit maximal einem Viertel der durchschnittlichen Einwohnerdichte der BRD

Platz	Landkreis	Bundesland	Einwohner	Fläche in km <sup>2</sup>	Einw./km <sup>2</sup>
1.	Prignitz	Brandenburg	80.872	2.123	38
2.	Altmarkkreis Salzwedel	Sachsen-Anhalt	89.512	2.293	39
3.	Lüchow-Dannenberg	Niedersachsen	49.017	1.220	40
4.	Ostprignitz-Ruppin	Brandenburg	102.108	2.509	41
5.	Uckermark	Brandenburg	128.174	3.058	42
6.	Ludwigslust-Parchim	Mecklenburg-Vorpommern	218.362	4.750	46
7.	Mecklenburgische Seenplatte	Mecklenburg-Vorpommern	272.922	5.468	50
8.	Stendal	Sachsen-Anhalt	121.899	2.423	50
9.	Eifelkreis Bitburg-Prüm	Rheinland-Pfalz	94.008	1.626	58
10.	Elbe-Elster	Brandenburg	110.291	1.889	58
<b>zusammen:</b>		<b>in 5 Bundesländern</b>	<b>1.267.165</b>	<b>27.359</b>	<b>46</b>
<b>zum Vergleich:</b>					
		München	1.378.176	310	4.440
		Belgien	10.951.266	30.528	359
		Weißrussland	10.244.000	207.600	46
		Deutschland	81.859.000	357.121	229

Quelle: Statistisches Bundesamt; alle Daten für 2011



# ➤ KAPITALDECKUNG ALS ALLHEILMITTEL?

## Zur Finanzierung der Sozialversicherungssysteme

Eines der herausragenden Themen für uns junge Menschen bei der Frage nach Generationengerechtigkeit ist die der Sicherung der Sozialsysteme – insbesondere mit Blick auf die Finanzierbarkeit dieser. Welche notwendigen politischen Justierungen kommen in Frage und welche Vor- und Nachteile bergen sie individuell?

Zur Finanzierung unserer Sozialversicherungssysteme existieren zwei gegensätzliche Modelle: Einerseits die Umlagefinanzierung, bei der das eingehende Geld zeitnah auf die Leistungsempfänger umgelegt wird. Andererseits die Kapitaldeckung, bei der das Geld längerfristig angespart wird.

In unseren Beschlusslagen fordern wir, die heute vorherrschende Umlagefinanzierung durch Kapitaldeckung zu ersetzen, was auf den ersten Blick schlüssig ist: Das Umlagesystem gilt als anfällig für demografische Einflussfaktoren, da den Einzahlern immer mehr Lei-

stungsempfänger entgegenstehen. Zudem muss es staatlich betrieben werden, damit es funktioniert. Bei Kapitaldeckung ist jedoch eine Privatisierung möglich: Seit jeher arbeiten private Versicherer und Fondsanbieter nach diesem Prinzip. Der Wettbewerb um die Kunden würde zu mehr Effizienz und Qualität führen. Und zudem steigern die an den Kapitalmärkten erzielten Zinsen die Rendite. Vor allem entfielen bei einer vollständigen Umstellung auf Kapitaldeckung der staatliche Zuschuss – schon heute der größte Posten im Bundeshaushalt, Tendenz steigend.

Allesamt Vorteile, die überzeugen und unseren liberalen Werten entsprechen. Ist die Kapitaldeckung also das Allheilmittel zur Lösung all unserer Probleme in den Sozialversicherungssystemen? Oder ist es nicht doch lohnend, sich einmal etwas kritischer hiermit auseinanderzusetzen?

## Welchen Risiken unterliegt die Kapitaldeckung?

Was ist beispielsweise, wenn der private Anbieter, der das Geld für mich anlegt, pleite geht? Dies ist in der Vergangenheit bereits vereinzelt vorgekommen. Der betroffene Anbieter wurde von anderen Mitbewerbern der Branche aufgefangen. Aber was ist, wenn aufgrund der aktuellen Eurokrisen gleich reihenweise private Anbieter insolvent werden und ein Auffangen nicht mehr möglich ist? Die Antwort ist ganz einfach: Entweder der Steuerzahler springt ein oder das Geld der Sparer ist futsch! Wer springt dann für die Rente dieser Menschen ein, die ein Leben lang gespart haben und vor dem Verlust ihrer Altersvorsorge stehen?

Dieses Risiko ist besonders dann sehr hoch, wenn die Zinsen langfristig niedrig bleiben und die Anbieter ihre Zinsversprechen nicht einhalten können. Ein anderes Szenario ist eine steigende Inflation. In diesem Fall frisst die Inflation den vermeintlichen Wertzuwachs praktisch auf, und die real erhaltene Rente ist letzten Endes nichts mehr wert.

Das Umlagesystem hingegen unterliegt diesen Risiken nicht, weder dem Zinsrisiko (da das Geld nicht angelegt wird), noch dem Inflationsrisiko (da sich z. B. die Rentenleistung nach dem aktuellen Rentenwert bemisst). Zudem kann ein gut organisiertes staatliches System effizienter sein als ein privates System, da die privaten Anbieter immer auch eine Gewinnmarge einfordern.

Darüber hinaus ist umstritten, ob die Rendite der Kapitaldeckung dem System der Umlagefinanzierung überlegen ist. Dies lässt sich anhand des Sozialversicherungsparadoxons, auch „Aaron-Bedingung“ genannt, untersuchen. Demnach bietet das Umlagesystem dann Vorteile für die Gesellschaft, wenn die Summe aus Wachstum der Erwerbsbevölkerung und Inflationsrate größer ist als die Kapitalmarktzinsen. Im umgekehrten Fall wäre das Kapitaldeckungsverfahren vorteilhafter. Bis 2008 bot das Kapitaldeckungsverfahren gemäß Aaron-Bedingung in der Tat immer Vorteile. In den letzten Jahren war der Trend jedoch sehr wechselhaft, da einerseits der Aufschwung an den Arbeitsmärkten dafür sorgte, dass die Erwerbsbevölkerung wuchs und es dadurch mehr Einzahler gab, der Zinssatz jedoch gleichzeitig im Zuge der Euro-Krise schrumpfte.

Vielleicht sollten wir JuLis darüber nachdenken, ob wir das Umlagesystem wirklich weiterhin verteufeln wollen. Was viele nicht wissen: Unser System des Liberalen Bürgergeldes ist im Kern ein Umlagesystem. Also finden wir das Prinzip des Umlagesystems per se scheinbar doch gar nicht mal so schlecht.

## Mehr, aber nicht ausschließlich Kapitaldeckung

Wie lösen wir also dieses Finanzierungsproblem? Meine Absicht ist keinesfalls, das Kapitaldeckungsverfahren zu diskreditieren. Zweifelsohne bietet es, genau wie das Umlagesystem, sehr viele Vorteile, jedoch auch einige Nachteile. Unser Ziel muss es also sein, einen klugen Mix aus Umlagefinanzierung und Kapitaldeckung zu wählen und somit die jeweiligen Vor- und Nachteile auszugleichen. Wir sollten also nicht eine 100%ige Kapitaldeckung und eine vollständige Privatisierung der Sozialsysteme anstreben, sondern eine nachhaltige Mischung aus Umlage- und Kapitaldeckung einfordern.

Mit Blick auf die heutige Situation ist der Anteil der Umlagefinanzierung jedoch noch viel zu hoch, so dass wir nachdrücklich fordern sollten, den Anteil der Kapitaldeckung schrittweise zu erhöhen, bis ein gesunder Mix erreicht ist. Mit dem jüngst beschlossenen "Pflege-Bahr" hat die FDP einen wichtigen Fortschritt gemacht. Auch die Riester-Rente war ein Schritt in die richtige Richtung, auch wenn Rot-Grün dieses Modell heute von der Hand weist.

Doch wir dürfen uns mit dem Status quo nicht zufriedengeben. Auch in der Krankenversicherung muss ein kapitalgedecktes Element hinzukommen, und in der Rentenversicherung könnte man überlegen, die Riester-Rente verpflichtend für alle Arbeitnehmer zu machen, jedoch nur bei einer Absenkung des Beitrags zur gesetzlichen Rentenversicherung, damit die Belastung der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer insgesamt nicht steigt.

Lasst uns also nicht in blinde Ideologie verfallen, denn diese hält einer sachlichen Kritik nicht stand, sondern gemeinsam für die beste Lösung eintreten.

**STEFFEN BÜTTGENBACH** (26) ist Bezirksvorsitzender der JuLis Düsseldorf.

**E-MAIL** [steffen.buettgenbach@hotmail.com](mailto:steffen.buettgenbach@hotmail.com)

**TWITTER** [buettgenbach](#)

**FACEBOOK** [buettgenbach](#)



## RESSOURCEN UND WACHSTUM

den die Schwellenländer in den kommenden Jahren haben werden, dann muss man sich fragen, ob die Schuldenkrise vielleicht doch nicht unser dringendstes Anliegen sein sollte.

Warum ich diese Binsenweisheiten noch einmal erwähne? Ganz einfach – jeder von uns ist ein Teil des Problems und dessen müssen wir uns bewusst werden.

Teile der Menschheit haben sich an einen gewissen Lebensstil gewöhnt, nennen wir es noch nicht einmal nur Wohlstand, denn dieser umfasst noch viel mehr, also nur jene Punkte die ich ansprechen möchte. Es soll an dieser Stelle ganz explizit darum gehen, sich zu veranschaulichen, wie viel Ressourcen wir eigentlich persönlich in

unserem Lebensumfeld angesammelt haben, oder wie viel davon wir wohlmöglich ohne Nutzen vergeudet haben. Braucht die Freundin wirklich die 16 Paar Schuhe im Schuhregal, und muss er sich wirklich jedes Jahr ein neues iPhone kaufen?

Klischees? Nein, oder wenn nur ansatzweise. Wer hier die 16 Paar Schuhe im Regal hat, ist nämlich in der Tat egal – der Ressourcenverbrauch bleibt identisch und die meisten von uns haben eine Wohnung voll mit Gegenständen, bei denen man sich bei genauerer Betrachtung fragen darf, ob der Nutzen denn den Aufwand gerechtfertigt hat. Und dabei ist der Lichtschwert-schwingende USB-Yoda wohl noch die offensichtlichsche Ausprägung unserer Überflusgesellschaft.

Aber wo möchte ich mit diesen Ausführungen eigentlich hin? Finde ich Wachstum und Wohlstand schlecht – nein. Müssen wir alle mit viel weniger auskommen und einen asketischen Lebensstil führen, damit kommende Generationen eventuelle auch noch Ressourcen auf diesem Planeten vorfinden – nein und ja.

Bewusster Konsument sein, bedeutet nicht mit nur 70 Gegenständen auszukommen, wie es verschiedene Menschen versuchen, es heißt nicht vollständigen Minimalismus im eigenen Leben durchzusetzen. Es bedeutet schlichtweg ein Gefühl dafür zu bekommen, welchen tatsächlichen Preis ein jedes Gut besitzt, und damit ist nicht der Währungsbeitrag gemeint, den ich dafür zahlen musste.

Wenn jeder von uns in den kommenden Monaten schon auf einen unnützen Gegenstand verzichtet, den er glaubt haben zu müssen, weil andere ihn haben oder weil so ein USB-Yoda nun einmal unglaublich nützlich ist, dann haben wir zwei Dinge erreicht: Wir haben die Ressourcen dieser Welt ein wenig geschont und zudem haben wir weniger unnützes Zeug in unseren Wohnungen.

**SVEN GÖRGENS** (31) arbeitet als Angestellter.

**E-MAIL** Goergens@julis.de

**TWITTER** Sven\_G



**W**achstum bedeutet Wohlstand. Der Zusammenhang dieser beiden Begriffe ist nicht neu und wird auch in den Zeiten der Eurokrise wie ein Mantra als Allheilmittel der Probleme in der Eurozone gepriesen. Und ja, Wachstum generiert in den meisten Fällen Arbeitsplätze und Geld – womit sicherlich einige Probleme gelöst wären, kurzfristig.

Es soll hier aber gar nicht speziell darum gehen, wie viel Wachstum wir eigentlich brauchen würden, um aus dem Schuldenloch zu kommen, sondern vielmehr darum, dass Wachstum als solches ja auch keine theoretische Größe aus der Blackbox ist. Wachstum wird produziert, um es vereinfacht auszudrücken. Und nach wie vor besteht ein nicht unerheblicher Teil der Waren und Güter, die diesem Wachstum zugrunde liegen, aus materiellen Dingen; von Nahrungsmitteln über DVDs bis hin zu Maschinen, die allerlei Arten von Arbeiten für den Menschen ausführen.

Und genau hier beginnt das Problem ein anderes zu werden. Bisher verbraucht ein gewisses Maß an Wachstum ein bestimmtes Maß an Ressourcen, welche dieser Planet aber nicht unendlich zur Verfügung stellt. Und während viele Ressourcen wieder aufbereitet, recycelt und durch erneuerbare Quellen ersetzt werden können, ist das bei anderen nicht der Fall.

Wenn wir uns vor Augen führen, was die industrielle Entwicklung der Länder in den letzten 100–150 Jahren an Ressourcen verbraucht hat und wenn wir das auf den Ressourcenverbrauch prognostizieren,

## AUF EINE TASSE KAFFEE MIT LASSE BECKER

Beim Thema Staatsverschuldung ist das vermeintlich einfach: Schulden abbauen. Ist bloß leichter gesagt als getan. Das zeigt sich auch am Handeln der FDP: Der ausgeglichene Haushalt mutiert zum Lippenbekenntnis, wenn die FDP-Minister zuvorderst Mehrausgaben in ihren Ressorts fordern statt selbst mit gutem Beispiel voranzugehen.

Bei Rente und Pflege ist mehr Kapitaldeckung der richtige Weg. Wir JuLis kämpfen für eine komplette Umstellung auf Kapitaldeckung, aber auch jeder Schritt in diese Richtung, jede Steigerung des Anteils, den man selbst für seine Zukunft anspart, ist richtig. Und selbst in der tiefsten Krise galt: Mit einer langfristigen Anlagestrategie hätte man aus der Kapitaldeckung trotz Krise mehr Rente rausbekommen als aus dem bisherigen Umlagesystem. Da gibt es zum Beispiel vom ZEW entsprechende Untersuchungen.

**Es darf auch nicht außer Acht gelassen werden, dass die heutigen Jungen morgen die Alten sein werden. Zwischen den Generationen besteht insofern durchaus ein positives wechselseitiges Abhängigkeitsverhältnis. Fragen der Reformpolitik dürfen deshalb auch nicht ausschließlich im Interesse der Jungen diskutiert werden. Ebenso wichtig dürfte es sein, deren Bewusstsein für die eigene Zukunft – das Alter – zu schärfen. Welche Konsequenzen ergeben sich daraus aus Deiner Sicht auf der einen Seite für die Verantwortung junger Menschen im Hinblick auf ihr Leben im Alter und auf der anderen Seite für die Politik?**

Da gibt es viele Ansatzpunkte – zum Beispiel beim rechtlichen Umgang mit den immer beliebter werdenden sogenannten Senioren-WGs. Wichtig ist uns JuLis, dass

Familie überall dort entsteht und einen besonderen Schutz genießen sollte, wo dauerhaft Verantwortung füreinander übernommen wird. Das ist das Konzept der Verantwortungsgemeinschaft. Und das geht eben weit über bisherige Familienstrukturen hinaus: Da können die Mitglieder einer Senioren-WG untereinander genauso Verantwortung übernehmen wie eine Patchwork-Familie und ist rechtlich in einem sicheren Rahmen. Es ist gut, dass die FDP dieses Konzept in ihrem neuen Grundsatzprogramm auf unser Drängen hin auch übernommen hat. Wichtig ist aber auch, dass jeder junge Mensch auch für sich selbst Verantwortung übernimmt und für seine Zukunft vorsorgt.

**Anderes Thema: In diesem Heft ist auch „Wo ist Lasse Becker?“. Was ist das denn und was wollt Ihr uns damit zeigen?**

Das ist eine Idee, die Katrin schon vor einem guten Jahr hatte. Es geht darum, mal sichtbar zu machen, wie transparent wir elektronisch sind – und mit schwarzen Überwachungsstrahlen à la Vorratsdatenspeicherung noch stärker würden –, wenn man wirklich mal hinschaut. Deshalb werde ich einige Zeit lang versuchen davon einiges mal über Twitter transparent zu machen. Aber Privates wird auch privat bleiben. Das hab ich immer so gehandhabt.

**LASSE BECKER** (29) ist Bundesvorsitzender JuLis und Promovend.

**E-MAIL** becker@julis.de

**TWITTER** lassebecker

**FACEBOOK** lassebecker

**WEB** www.lassebecker.de



## WO IST LASSE BECKER?

In Deutschland und Europa findet eine schleichende Aushöhlung und Überlagerung von Freiheitsrechten durch vermeintliche Sicherheitserwägungen statt. Freiheit, das Fundament einer liberalen Gesellschaft, soll nach Meinung von Konservativen, Sozialdemokraten und Law & Order-Politikern jeglicher Couleur nur noch eine Nebenrolle spielen.

Liberaler Politik muss natürlich auch den Bürger und seine Ängste ernst nehmen – und tut dies auch. Das bedeutet jedoch nicht, ein vermeintliches Sicherheitsgefühl durch ineffektive Maßnahmen und allgegenwärtige Überwachung zu schaffen. Nacktscanner oder die Vorratsdatenspeicherung sind hier nur einige Beispiele paranoider Politik. Staatliche Interventionen müssen verhältnismäßig sein und werden von den Grundrechten beschränkt.

Wir stehen für eine Sicherheitspolitik, die sich in erster Linie an der tatsächlichen Bedrohung und an den

in diesem Zusammenhang tatsächlich erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen orientiert. Eine Politik der Inneren Sicherheit, die kurzfristige Bedrohungen zum Anlass für weitreichende Kompetenzerweiterungen nimmt, ist unverhältnismäßig. Auch im Kampf gegen organisierte Kriminalität und Terrorismus muss es immer heißen: im Zweifel für die Freiheit.

Doch nicht nur der Staat, auch private Unternehmen und Verbände horten sammelwütig unsere Daten. Ob bei der Payback-Karte, in den sozialen Netzwerken oder unserer Mobilfunkanbieter: Informationen über uns bedeuten nicht zuletzt bares Geld! Hier fordern wir Liberale größtmögliche Transparenz.

## Ein fiktiver Tag im Leben von Lasse Becker

Jeder von uns hinterlässt jede Menge digitale Spuren - und es werden immer, immer mehr. Das wollen wir sichtbar machen, am Beispiel eines Tages im Leben von Lasse. Da die Privatsphäre eines

Bundesvorsitzenden sowieso eingeschränkt ist, haben wir uns gedacht: Mit ihm können wir es ja machen...

08:45



Lasse geht morgens in die Telefonkonferenz mit Hanni und Catha, um mit ihnen die Presselage und das weitere Vorgehen zu besprechen.

**Erklärung:** Bei der Vorratsdatenspeicherung sollen der genaue Zeitpunkt, die Dauer und die Nummer des Angerufenen gespeichert werden. Das gilt entsprechend bei der Übermittlung einer Kurz-, Multimedia- oder ähnlichen Nachricht; hierbei werden die Zeitpunkte der Versendung und des Empfangs der Nachricht gespeichert.

08:50



Lasse macht sich morgens mit der Regionalbahn auf den Weg nach Göttingen an die Uni.

**Erklärung:** Auf der Strecke mit der Regionalbahn wird er in der Bahn komplett videoüberwacht. Auch in den Bahnhöfen ist er immer im Visier der Kameras.

10:18



Lasse lädt noch kurz von der Uni aus eine Einladung zur Bundesvorstandssitzung auf den Sharepoint-Server des JuLi-Bundesverbandes und verschickt einen Schwung Mails.

**Erklärung:** Bei Zugriff auf elektronische Postfächer genau wie beim Surfen im Internet werden Kennung und die Internetprotokoll-Adresse des Abrufenden gespeichert. Weiterhin die Zeitpunkte Nutzungen des Dienstes nach Datum und Uhrzeit.

15:05



Lasse checkt im ICE auf der Weiterfahrt Richtung Berlin noch kurz die aktuellen Nachrichten auf SPON (Spiegel-Online) und BILD online.

**Erklärung:** Anbieter von Internetzugangsdiensten speichern die dem Teilnehmer für eine Internetnutzung zugewiesene Internetprotokoll-Adresse, die Kennung des Anschlusses über den die Internetnutzung erfolgt (sein Handy), sowie den Beginn und das Ende der Internetnutzung unter der zugewiesenen Internetprotokoll-Adresse nach Datum und Uhrzeit unter Angabe der zugrunde liegenden Zeitzone. Gäbe es die Vorratsdatenspeicherung würde außerdem noch gespeichert, über welche Handy-masten Lasses Handy eingeloggt wäre. Jede Bewegung würde aufgezeichnet.

15:33



Auf der Fahrt hat Lasse gerade nichts zu tun, twittert seinen Tagesablauf über seinen Account.

**Erklärung:** Diesmal ist Lasse selber schuld: Er lässt alle daran teilhaben, welche politischen Termine er noch hat – teilweise wird sogar sein nächster Aufenthaltsort preisgegeben. Eine ähnliche Nachricht erscheint auch auf Facebook.

17:14



In Berlin angekommen, schaltet Lasse mit seiner Bahncard ein Leihfahrrad frei, um damit zum Jakob-Kaiser-Haus zu fahren. Dort hat er einige Termine im Bundestag.

**Erklärung:** Sowohl die Deutsche Bahn, als auch der Fahrradverleih-Anbieter der Bahn wissen jetzt, wo und wann Lasse gestartet ist und wohin die Fahrt gehen soll. Die Daten wurden aus Abrechnungsgründen gespeichert.

18:46



Nach dem anstrengenden und vollen Tag hat Lasse ordentlich Hunger. Er geht zu einer italienischen Systemgastronomie-Kette und gönnt sich etwas Pasta. Beim bezahlen nutzt er seine Kundenkarte.

**Erklärung:** Datum, Uhrzeit und Filiale sind der Gastronomie-Kette jetzt bekannt. Sie wissen auch was Lasse gegessen hat. In den kommenden Newslettern steht plötzlich mehr Werbung über das aktuelle Pasta-Angebot.

22:49



Nach einem Abendtermin eines befreundeten Verbandes (über Twitter und Facebook sind selbstverständlich alle genauestens informiert) macht sich Lasse gegen 22:49 Uhr auf den Weg ins Hotel, weil er am nächsten Morgen um 6 Uhr in den Zug muss, und bezahlt mit der Kreditkarte.

**Erklärung:** Nach dem es mittlerweile eh schon (fast) alle wissen, weiß spätestens jetzt MasterCard wo sich Lasse aufhält. Und mit der Kreditkartenabrechnung weiß es dann auch seine Bank. Die Daten werden selbstverständlich gespeichert.

24/7



Zusätzlich nutzt Lasse den Tag über noch das Chat-Programm WhatsApp, wählt sich für eine kurze Telefonschalt in den JuLi-Raum bei dem Anbieter Phonesty, schiebt mit einigen Freunden über Facebook und telefoniert viel ...

**Erklärung:** Was gibt es da noch viel zu erklären? Gott und die Welt weiß wo Lasse ist, wann und mit wem er in Kontakt hat... und mit der Vorratsdatenspeicherung wüsste man noch mehr.

### DER GROSSE PRAXISTEST

Nachdem Lasse uns jetzt schon fiktiv Einblicke in einen Tag seine Lebens gewährt hat, macht es auch in der Praxis keinen Unterschied. Zwei Wochen lang macht er sein Leben transparent und lässt uns vom 12. bis zum 27. Oktober an allem teilhaben: Einfach über Twitter (#WiLFB) oder sonstige Medien... Und jeder darf gerne mit-rätseln: Wo ist Lasse?

Eine Replik auf den Beitrag „Liberaler Feminismus“ aus J+L 02 diesen Jahres.

# WIR BRAUCHEN KEINEN LIBERALEN FEMINISMUS

Wir brauchen selbstbewusste Individuen – und einen wirklich entspannten Umgang!

## W

Wir stimmen mit den Autorinnen in vielen Punkten überein: Das Thema „Frauen im Verband“ muss angesprochen und diskutiert werden. Die aktuelle Situation in der FDP, aber auch bei den JuLis ist verbesserungswürdig. Das „politische Geschäft“ scheint für Frauen nicht attraktiv zu sein, das sollte sich ändern. Wir stimmen mit den Autorinnen ebenfalls darin überein, dass dabei Selbstbewusstsein ein wichtiger Eckpfeiler ist und selbstverständlich, dass Frauen respektvoll behandelt werden müssen. Was uns veranlasste, auf den Artikel von Nora und Sabrina zu antworten, waren nicht diese Punkte, sondern einige Thesen, die man unserer Ansicht nach nicht unkommentiert stehen lassen kann. Wir sind der Auffassung: Auf Probleme mit platten und beliebigen Klischees zu antworten bringt niemanden weiter. Die Thesen die in den Raum gestellt werden, sind nicht nur ziemlich

gewagt, sondern lassen den Respekt vor unseren männlichen Kollegen vermissen, den die Autorinnen vehement für die weiblichen Mitglieder beanspruchen. Respekt gedeiht dort, wo anderen Respekt entgegengebracht wird.

Das wichtige Anliegen des Artikels, Klischees zu überwinden und Tabus anzusprechen, die Argumentation und der eigentlich sinnvolle Diskussionsansatz werden unter anderem durch die plumpe Einteilung aller Männer in zwei Gruppen völlig konterkariert. Konstatiert wird: „[...] es [gibt] zwei Sorten von Männern in der FDP und auch bei den JuLis“, wobei die Gruppe der vermeintlichen Frauenförderer noch schlimmer erscheint als die Gruppe der Männer, die jegliches Problem abstreiten und ignorieren. Der ein oder andere mag sich vielleicht angesprochen gefühlt haben. Mit Sicherheit gibt es solche Eigenschaften bei manchen Männern im Verband und mit aller Wahrscheinlichkeit sind die Autorinnen schon

mit solchen konfrontiert worden. Aber alle Männer über einen Kamm zu scheren und in eine von zwei Schubladen zu stecken hilft uns nicht weiter. Im Gegenteil.

Der Begriff „liberaler Feminismus“ alleine löst das Problem auch nicht. Natürlich kann sich jeder als Feministin bezeichnen. Wobei der Begriff „Feminismus“ nicht abschließend und eindeutig definiert ist. Und natürlich kann jeder feministische Ideale vertreten. Übrigens auch Männer. Das alles ändert aber nichts daran, dass das Konzept, das dahinter stehen müsste, nicht vorhanden ist.

Worauf es uns ankommt: Es ist klar, dass es Unterschiede zwischen Männern und Frauen gibt, die nicht einfach „abgeschafft“ oder ignoriert werden können. Genauso gibt es aber Unterschiede zwischen Norddeutschen und Süddeutschen, zwischen älteren und jüngeren Mitgliedern oder zwischen Bayern- und Nürnberg-Fans. Wir wollen weg von der Männer-Frauen-Schwarz-Weiß-Betrachtungsweise hin zu der Sichtweise: Egal ob Mann oder Frau, wir sind alle Individuen mit unterschiedlichen Eigenschaften. Die große Stärke und Einzigartigkeit unseres Verbandes lebt

doch gerade von unserer Vielfaltigkeit, unserer Unterschiedlichkeit! Einem tatsächlich entspannten Umgang werden wir dann näher kommen, wenn wir diese Unterschiedlichkeit wieder als Chance begreifen und aufhören, durch konstruierte Gleichmacherei die Unterschiede als zu bekämpfende Probleme zu begreifen und damit gedankliche Mauern zu bauen. Wir wollen unterschiedlich sein, Individuen – wer zu sich selbst steht und seine Einzigartigkeit liebt, der soll bei uns die gleichen Möglichkeiten bekommen. Ebendiese Chancengleichheit sollte nicht nur Programm sein, sondern in dieser Form auch gelebt werden. Wichtig sind Selbstbewusstsein und die Befähigung, für sich selbst Verantwortung zu übernehmen und sich Netzwerke aufzubauen – sowohl mit Frauen als auch mit Männern.

Uns ist bewusst, dass das leider nicht der Status Quo bei den JuLis und in der FDP ist. Eine Patentlösung für das Problem haben wir dafür genauso wenig wie die Autorinnen des von uns kritisierten Artikels. Auch bei der Diskussion über die Lösungsansätze waren wir uns nicht einig: Reicht es, die liberalen Grundsätze zu verinnerlichen und vorzuleben? Braucht es spezielle Fördermaßnahmen für Frauen und wenn ja, welche? Gesprächsrunden oder Seminare auf allen Ebenen nur für Frauen können vielleicht eine Möglichkeit sein, selbstbewusstes Auftreten in Diskussion zu lernen und sich auszutauschen. Vieles wurde schon ausprobiert, manches war sinnvoll, manches nicht. Einig sind wir uns darüber, dass am Ende ein bunt gemischter Diskurs stehen muss, und es gilt, sich darauf einzustellen. Grundsätzlich muss gelten: Du wirst als Individuum mit Stärken und Schwächen betrachtet. Bei den JuLis und der FDP muss es möglich sein, sich selbst vor-

anzubringen. Manchmal braucht es dafür Hilfestellungen. Auch die Auseinandersetzung mit Vorbildern kann für einige sicherlich eine gute Idee sein, wobei unserer Meinung nach „weibliches Vorbild, egal ob liberal“ in „liberales Vorbild, Geschlecht egal“ verkehrt werden sollte.

Vorrangiges Ziel sollte sein, die Diskussion auf ein Niveau zu bringen, das nicht von Klischees und Vorwürfen bestimmt ist, um einen entspannten Diskurs zu ermöglichen. In dem weder Männer noch Frauen in Gruppen eingeteilt werden müssen, Frauen sich als Feministin bezeichnen können, wenn sie möchten, aber das Problem gemeinsam im Verband besprochen und diskutiert wird. Entspannter Umgang mit dieser Thematik heißt zugleich aber auch, dass wir uns Zeit geben. Wir stehen in diesem Punkt nicht vor der Aufgabe, einen Antrag schnellstmöglich durchzupeitschen, sondern dem Verband neue Aspekte

des Miteinanders aufzuzeigen, die gelebt werden wollen; dies braucht seine Zeit. Wir sind uns darüber im Klaren, dass es noch ein weiter Weg sein wird und wirksame Lösungsansätze zu finden schwierig ist. Wenn wir aber alle unabhängig von Geschlecht, regionaler Herkunft, Haarfarbe, sexueller Orientierung und Fußballclub-Zugehörigkeit respektvoll miteinander umgehen, dann sind wir einen großen Schritt weiter. Nennt euch unseretwegen liberale Feministinnen. Solange wir das nicht tun müssen, nur weil wir Frauen sind, dann sind wir da ganz liberal und entspannt.

ISE SCHMIDT (27), ist Volkswirtin und stellvertretende Landesvorsitzende der JuLis Berlin.

E-MAIL [ise@julis.com](mailto:ise@julis.com)

FACEBOOK [ise.schmidt](https://www.facebook.com/ise.schmidt)

ANKE PÖHLMANN (23), studiert Rechtswissenschaft.

E-MAIL [poehlmann@julis.de](mailto:poehlmann@julis.de)

TWITTER [MSPoeli](https://twitter.com/MSPoeli)

FACEBOOK [anke.poehlmann](https://www.facebook.com/anke.poehlmann)

LAURA BETZ (27), war stellv. Bundesvorsitzende der JuLis.

E-MAIL [betz@julis.de](mailto:betz@julis.de)

FACEBOOK [laura.betz](https://www.facebook.com/laura.betz)



# RELIGIÖSE BESCHNEIDUNG IM KINDESALTER

## PRO Keine blinde Religionsfeindlichkeit

Viele Liberale machen es sich dieser Tage zu leicht: Der Staat muss die körperliche Unversehrtheit männlicher Neugeborener und Kinder schützen. Deshalb ist die Beschneidung von Jungen, die in den Eingriff nicht selbst einwilligen können oder deren Beschneidung nicht medizinisch indiziert ist, zu verbieten. Diese eindimensionale Betrachtung blendet jedoch wesentliche Elemente anderer Grundrechte aus, die für Liberale ebenso schützenswert sind.

Zu Recht enthält der Liberalismus eine ordentliche Portion kritischer Haltung gegenüber religiösen Absolutheitsansprüchen. Die Folge darf aber keine blinde Religionsfeindlichkeit sein. Hält man die Religionsfreiheit für prinzipiell minderwertig gegenüber anderen Grundrechten, sollte man sich über das eigene Verfassungsverständnis Gedanken machen. Vielleicht möchten man die Religionsfreiheit eigentlich gänzlich abschaffen, weil die Abwägung in diesem Bereich zu anstrengend ist oder man generell keine Religiosität ertragen kann. Einen staatlich verordneten Atheismus kannte man bisher allerdings eher aus sozialistischen, nicht aus liberalen Systemen.

Auch das Erziehungsrecht der Eltern ist in unserer Verfassung verbrieft. Es wird immer Eltern geben, die ihre Kinder religiöser erziehen als andere. Staatlich verordnete Religionslosigkeit in der Kindererziehung gehörten

bislang nicht zur gesellschaftspolitischen Agenda des Liberalismus.

In der Verbindung aus Erziehungsrecht und Religionsfreiheit muss die grundsätzliche Bedeutung der Beschneidung für die Zugehörigkeit zu Islam und Judentum beachtet werden. Es handelt sich nicht um einen Eingriff, der nur von einer kleinen, extremistischen Gruppe innerhalb dieser Religionsgemeinschaften durchgeführt wird. Seit gut 4000 Jahren wird die Zugehörigkeit von Männern zum Judentum durch die Beschneidung symbolisiert. Auch bei Muslimen gehört sie seit langem zu den üblichen Ritualen zur Aufnahme in die Glaubensgemeinschaft. Sie wird vom weit überwiegenden Teil der Juden und Muslime als integraler Bestandteil ihrer Religion wahrgenommen.

Wo waren all die Befürworter eines Beschneidungsverbots in den Jahren und Jahrzehnten, in denen Beschneidungen bei Jungen durchgeführt wurden, ohne dass ein deutsches Gericht daran Anstoß genommen hätte? Erst seitdem das Landgericht Köln die günstige Gelegenheit eröffnet hat, dem ungeliebten Konzept Religion eins auszuwischen, melden sich die selbsternannten Kinderschützer.

Einzelne jüdische Vertreter haben einen Vergleich zum Holocaust gezogen. Das war unglücklich und überflüssig. Dennoch muss man sich die Folgen eines Verbots für Juden und Muslime vor Augen führen: Die einen werden außerhalb Deutschlands beschneiden; die anderen den Eingriff illegal in

Deutschland durchführen lassen. Wie viele Beschneidungen aus religiösen Gründen würde ein Beschneidungsverbot dann tatsächlich verhindern? Eine gesetzliche Erlaubnis zur medizinisch fachgerecht durchgeführten und möglichst schmerzfreien Beschneidung von Jungen bei einer Einwilligung der Eltern bewirkt weitaus mehr für das Kindeswohl als wenn die Eingriffe unter unhygienischen Bedingungen in Hinterzimmern durchgeführt werden.

Dass sich ein so archaisches Ritual wie die Beschneidung in die moderne Zeit gerettet hat, darf und muss Gegenstand gesellschaftlicher, wissenschaftlicher und vor allem religiöser Debatten innerhalb der betroffenen Gemeinschaften sein. Kritik und Diskussionen ändern aber nichts am essentiellen Charakter der Beschneidung für die Religionsausübung von vielen Millionen Menschen weltweit und in Deutschland. Im Judentum und unter Muslimen wird durchaus über einen späteren Zeitpunkt der Beschneidung diskutiert – Liberale sollten diese gesellschaftlichen Entwicklungen nicht vorwegnehmen und bestimmten Gruppen die eigenen Wertvorstellungen qua Gesetz aufdrücken.

**KONSTANTIN KUHLE** (23), stellvertretender Bundesvorsitzender der Jungen Liberalen, kommt aus dem Landesverband Niedersachsen und studiert Jura in Hamburg.

E-MAIL [kuhle@julius.de](mailto:kuhle@julius.de)



## CONTRA Im Zweifel für die Freiheit des Kindes

Freie Menschen bestimmen selbst über ihr Leben. Sie treffen auch Entscheidungen über ihren Körper selbst und ohne Bevormundung. Sie tun dies, weil sie vernunftbegabt und einsehensfähig sind. Das ist das ideale liberale Weltbild. Es besteht sogar dann, wenn ein Mensch sich zu seinem eigenen Nachteil entscheidet, seinen Körper verletzt, ja sogar wenn er seinem Leben ein Ende setzt.

Kinder passen nicht in dieses Bild, können solche Entscheidungen nicht treffen. Sie kennen nicht die Risiken von Eingriffen an ihrem Körper. Sie vermögen ihren Willen noch nicht zu artikulieren. Also müssen ihre Eltern solche Entscheidungen für sie und zu ihrem Wohl treffen. Unbestrittenermaßen dürfen sie dies, wenn die Gesundheit des Kindes einen Eingriff erfordert. Bei der religiösen Beschneidung ist dies jedoch nicht der Fall.

Gibt es also andere Gründe, die eine solche Körperverletzung (ja, eine Beschneidung ist zweifelsfrei eine tatbestandliche Körperverletzung, und ja, Piercen auch!) rechtfertigen?

Vermeintliche ästhetische oder sexuelle Vorzüge können dies sicher nicht; ebenso wenig vermutete hygienische Vorteile oder medizinische Präventionsmaßnahmen. Ihre Vorzüge, wie geringeres Risiko der Infektion mit Geschlechtskrankheiten, entfalten sich erst dann, wenn der Junge bereits in einem Alter ist, in dem er leichter selbst entschei-

den könnte. Es spielt im Übrigen dabei keine Rolle, dass manche die Beschneidung für ausschließlich vorteilhaft und risikolos erachten (eine Fehleinschätzung!). Selbst wenn es sich um einen risikolosen Eingriff ohne Nachteile handelte, es ist irreversibler Eingriff in die Sexualität eines Kindes und bedarf auch deshalb einer besonderen Rechtfertigung.

Bleiben die religiösen Vorschriften sowie das elterliche Sorge- und Erziehungsrecht. Ohne jeden Zweifel gehört zu Letzterem auch die weltanschauliche Erziehung der Eltern. Das heißt aber eben auch, dass Eltern die Zugehörigkeit zu einer Glaubensgemeinschaft nicht bis zum Tod festlegen. Zwar mag man mit 14 Jahren (uneingeschränkte Religionsmündigkeit) die Religion wechseln können, die Beschneidung ist jedoch nicht rückgängig zu machen.

Die beschriebenen Grundrechte stehen auch nicht allein da. Unser Grundgesetz schützt ebenso und mit nicht geringerem Gewicht die körperliche Unversehrtheit und das Selbstbestimmungsrecht auch und gerade über den eigenen Körper. Dies muss insbesondere dann gelten, wenn der Eingriff irreversibel ist. Religionsfreiheit und elterliches Sorge- und Erziehungsrecht stoßen hier an ihre Grenzen, nämlich der Freiheit, körperlichen Unversehrtheit und Selbstbestimmung eines anderen Menschen. Dabei kann keine Rolle spielen, dass eine Religionsgemeinschaft älter ist als das Grundgesetz. Für uns Liberale sind die alle Grundrechte Naturrecht. Sie sind

dem Menschen eigen, seit er besteht.

Ja, die Zirkumzision nach acht Tagen ist im Judentum eine zentrale Vorschrift. Doch stehen die Vorschriften einer Glaubensgemeinschaft über unseren Grundrechten? Haben zentrale religiöse Regeln Anspruch auf Freiheit von Kritik? Haben nicht gerade Liberale in anderen Religionsgemeinschaften für die Überwindung so mancher althergebrachter Vorschrift gestritten?

Egal wie wir JuLis in dieser Frage stehen, wir dürfen eines nicht tun: Unsere Grundrechte davon abhängig machen, ob sie im Ausland oder bei bestimmten Gruppen auf Zustimmung oder auf Ablehnung stoßen, denn sie gelten universal.

**ARMIN SEDLMAYR** (23) studiert Rechtswissenschaft an der Universität Passau.

E-MAIL [arminsedlmayr@gmx.de](mailto:arminsedlmayr@gmx.de)  
FACEBOOK [armin.sedlmayr](https://www.facebook.com/armin.sedlmayr)



# >ORGANSPENDE

Dienstagabend.



Die JuLis Heidelberg treffen sich in lockerer Runde.

HI! ICH BIN SASCHA!  
ICH WÜRD GERNE  
BEI EUCH MITMACHEN!

HERZLICH WILLKOMMEN  
BEI DEN JULIS HEIDELBERG!



Sascha schaut das erste Mal vorbei.  
Die anderen begrüßen ihn.

ICH MACH PARCOUR;  
ICH LIEBE DIE ACTION  
UND DAS RISIKO!



Sascha erzählt von seinem Hobby.

WAS IST, WENN DIR ETWAS PASSIERT?!  
HAST DU SCHON MAL ÜBER EINEN  
ORGANSPENDEAUSWEIS NACHGEDACHT?



Janina ist eine sehr fleißige Studentin.  
Obwohl ihr Alltag nicht so risikoreich ist wie  
Saschas, hat sie einen Organspendeausweis.



Janina findet das sehr gefährlich.

ORGANSPENDEAUSWEIS?



Janina zeigt ihren Ausweis.  
Viele Menschen würden  
Organe spenden, doch nur  
wenige haben bisher einen  
Ausweis.

Die FDP und auch die JuLis  
haben sich dafür stark ge-  
macht, dass das Thema in  
der Gesellschaft präsenter  
wird.

ORGANSPENDE IST EIN  
EXTREM WICHTIGES THEMA.  
ES KANN LEBEN RETTEN UND  
IST GELEBTE SOLIDARITÄT.

AUCH DU SELBST KANNST DURCH  
EINEN UNFALL AUF ORGANSPENDE  
ANGEWIESEN SEIN. ALLEIN IN  
DEUTSCHLAND WARTEN 12.000  
MENSCHEN AUF EIN SPENDERORGAN!

Bei der Erneuerung  
des Personalausweises  
sollen die Bürger künftig  
danach gefragt werden,  
ob sie Organspender  
werden möchten.

AUSWEISE BEKOMMT MAN IN VIELEN ARZTPRAXEN,  
KRANKENHÄUSERN UND APOTHEKEN. AUCH IM  
INTERNET KANN MAN IHN SICH HERUNTELADEN.  
UND ER KOSTET DICH NICHTS.



Sascha ist interessiert und fragt weiter nach.

WIE BEKOMME ICH  
SO EINEN AUSWEIS?  
KOSTET DAS WAS?

ICH WEISS NICHT WIE ICH  
MICH ENTSCHEIDEN SOLL...

Auch Lisa wird neugierig.  
Sie möchte demnächst Ihren  
Personalausweis erneuern  
lassen, weiß aber nicht, ob  
sie wirklich Organspenderin  
werden möchte.



ÜBERHAUPT KEIN PROBLEM!  
DU KANNST MIT JA ODER NEIN ANTWORTEN  
ODER DEINE ENTSCHEIDUNG AUF EINEN  
SPÄTEREN ZEITPUNKT VERSCHIEBEN!

KANN ICH MEINE  
ENTSCHEIDUNG AUCH ÄNDERN?



JA, JEDERZEIT.  
DU KANNST AUCH ENTSCHEIDEN, OB DU  
ALLE ODER NUR BESTIMMTE ORGANE  
SPENDEN MÖCHTEST.

Janina konnte die  
anderen überzeugen.  
Sie sind sich einig:  
Organspende ist eine  
wichtige und gute Sache!  
Einfach, kostet nichts,  
ohne bürokratische  
Hürden, aber vor allem:  
**Sie rettet Leben!**



ORGANSPENDE  
IST EINE GUTE SACHE!

Vielen Dank an die JuLis Heidelberg für Idee & Umsetzung!

# NOCH EINE CHANCE FÜR DIE LIBERALEN!

## Die FDP auf dem Weg zur Bundestagswahl

Deutschland, im Herbst 2012: Deutschland diskutiert über den Euro. Soll man Griechenland, Spanien, Portugal und Italien weiter im Euro halten oder nicht? Was passiert, wenn die Währungsunion zerbricht? Welche Konsequenzen für die Demokratie und welche finanziellen Folgen haben EFSF, ESM, Six-Pack, Fiskalpakt und Anleihenkäufe der EZB? Selbst dem politikgeneigten Bürger schwirrt der Kopf angesichts fast täglich neuer Nachrichten, Lösungsvorschlägen und öffentlichen Erklärungen. Und die Kanzlerin steht mittendrin – als Fels in der Brandung, als Retterin des Euro, aber auch als Retterin Deutschlands vor unsittlichen finanziellen Begehrlichkeiten. Grandiose persönliche Umfragewerte und kein ernstzunehmender Gegner bei der Opposition – kein Wunder, dass die Unionsparteien planen, den Bundestagswahlkampf vollständig auf Angela Merkel zuzuschneiden. Die CDU/CSU hat ja auch sonst nicht viel zu bieten – die vergangenen drei Jahre hat sie im Wesentlichen damit verbracht, die Macht zu verwalten und der FDP das Leben schwer zu machen.

Diese steht wieder da, wo sie nie mehr hinwollte – an der Fünf-Prozent-Hürde, am

Abgrund, am Nichts. Umfragen sind keine Wahlen und innerhalb von einem Jahr bis zur Bundestagswahl kann viel passieren – das zeigen die Grünen, die schon kurz vor der Übernahme des Kanzleramtes waren, und die Piraten, deren Zauber zu recht zu verfliegen beginnt. Aber es ist unverkennbar: Die Position der FDP ist – vorsichtig formuliert – verbesserungsfähig. Die Gründe sind vielfältig und eine bloße Rückschau

hilft nicht weiter. Aber aus Fehlern der Vergangenheit kann man lernen, damit sie sich nicht wiederholen.

Die FDP ist mit einem ambitionierten Programm in die Bundestagswahl 2009 gegangen. Fakt ist, dass fast nichts davon umgesetzt wurde. Einer Programmpartei darf so etwas nicht passieren. Dass ein Wahlprogramm nicht Eins zu Eins in den Koalitionsvertrag überführt werden kann, ist dem Wähler zu vermitteln, dass dann aber das glatte Gegenteil passiert (Flugticketabgabe), ist nur schwer zu vermitteln. Alle sind aufgerufen, ihren Beitrag dazu zu leisten, dass sich das nicht wiederholt.

Der FDP täte im Übrigen etwas mehr Zurückhaltung gut. Deutschland gehört nicht der Politik und die Politik gehört nicht der FDP. Ein wenig mehr Demut und Übersicht, wie es Christian Lindner einmal zutreffend formuliert hat, hätte der FDP so manche öffentliche wie auch innerparteiliche Debatte erspart. Die FDP macht den Menschen ein politisches Angebot und versucht, dieses Angebot durch harte Arbeit Wirklichkeit werden zu lassen. Darum muss es gehen und nicht um Ränkespiele und Posten. Niemand gibt

sich Illusionen hin – natürlich gehört Postengeschacher zur Politik. Das war so und wird immer so bleiben – nicht einmal im Kegelklub ist dies anders. Wenn man hierbei einen gewissen Stil an den Tag legt, können die Bürger damit umgehen. Aber bei alledem muss immer deutlich werden, dass Posten kein Selbstzweck sind, sondern ein Mittel zur Umsetzung von liberaler Politik.

Zur Akzeptanz gehört auch Verlässlichkeit. Die Verlässlichkeit leidet aber, wenn man permanent Forderungen in die Welt setzt, die illusorisch sind und nach kurzer Zeit nicht weiterverfolgt werden können. Die Forderungen nach „niedrigeren Benzinpreisen“ ist hierfür ein beredtes Beispiel. Wenn man etwas fordert, dann muss es auch umgesetzt werden können. Ansonsten erzielt man einzig den Effekt, auf diese Weise die Erinnerung daran wach zu halten, dass schon die Umsetzung des Bundestagswahlprogramms weitgehend gescheitert ist.

Koalitionen sind Zweckbündnisse auf Zeit. Es war richtig, 2009 eine Koalition mit der Union einzugehen und es ist auch richtig, diese Koalition bis zur Wahl weiterzuführen. Pacta sunt servanda. Aber der Vertrag ist eben befristet. Danach wird neu verhandelt. Ein Koalitionspartner, der drei Jahre nichts unversucht lässt, die Anliegen des Koalitionspartners entweder lächerlich zu machen oder diesen kalt auflaufen zu lassen, kann keinen Blankoscheck erwarten. Die zunichte gemachten politischen Anliegen (Gesundheitsprämie, Umsatzsteuerreform, Gemeindefinanzreform, besserer Hinzuverdienst für Hartz-IV-Empfänger, Liberalisierung des Arbeitsmarktes) müssen dann wieder auf die Tagesordnung kommen.

Und schließlich: Die FDP steht für einen Markenkern – die einzigartige Kombination aus dem Bekenntnis zur Marktwirtschaft einerseits und Toleranz und gesellschaftlicher Offenheit andererseits. Für den ersten Teil wird sie von links kritisiert, für den zweiten Teil von rechts. Und gerade weil das so ist, darf sie nie in die Versuchung geraten, selbst das eine gegen das andere auszuspielen. Wer meint, aus der FDP eine Partei der Europaskepsis – gewürzt mit ein paar Ressentiments gegenüber angeblich faulen Südeuropäern – machen zu können, muss deutlich die rote Karte erhalten. Gleiches gilt für Verteidiger der Inte-

# ONCE IN MEXICO AND BACK

## G20 Gipfel mal anders

**Es gibt 3,5 Milliarden Frauen und Mädchen auf der Welt, das sind 3,5 Milliarden Möglichkeiten die Welt zu verändern. Frauen investieren gemäß einer Studie 90% eines Dollars in ihre Familie und sorgen so für bessere Bildung und bessere Ernährung bei ihren Kindern. Frauen stellen 50% der Weltbevölkerung dar und somit auch 50% der Wirtschaftskraft.**

**Wie bindet man diese 3,5 Milliarden Menschen also besser ein?**

Das ist die Frage, die hinter dem G(Girls) 20 Gipfel steht, der dieses Jahr zum dritten Mal vor dem „richtigen“ G20 Gipfel in Mexiko City stattfand. Dort kamen je eine junge Frau aus jedem G20-Land und der Afrikanischen Union zusammen, die sich anhand ausgewählter Themen der G20 Agenda überlegt haben, wie man Frauen wirtschaftlich besser einbinden kann. Festgehalten wurden die Ideen in eine Positionspapier, das den Verantwortlichen in der mexikanischen Regierung übergeben und an Obama, Hollande, Merkel und Co. weitergeleitet wurde.

Dieses Jahr hatte ich das Glück die deutsche Delegierte zu sein. Nach fünf Tagen mit Workshops mit Medieninstituten und Großkanzleien, Exkursi-

onen zu Google und aufs mexikanische Land und Empfängen unter anderem in der kanadischen Botschaft, haben wir uns den Rest der Zeit in Mexiko intensiv mit Ernährungssicherung und Gewalt gegen Frauen beschäftigt. Input gab es von diversen NGOs, aber auch dem Weltwirtschaftsforum und als wir zwei Tage später unser Positionspapier an die mexikanische Regierung übergeben haben, hätte man wohl jede von uns mit „The best thing I've ever done!“ zitieren können.

Glaubt man übrigens Goldman Sachs könnte das BIP der Eurozone um 13% gesteigert werden, wenn man die Beschäftigungslücke zwischen Männern und Frauen schließen würde. Ein Aspekt, über den sich die Staatschefs Europas beim „echten“ G20 Gipfel mal hätten Gedanken machen sollen, das Positionspapier hätten sie hier gefunden: [www.girls20summit.com/the-summit/live-stream-communicate/](http://www.girls20summit.com/the-summit/live-stream-communicate/)

**WIEBKE HELDMAIER** (21) ist Stv. Landesvorsitzende für Organisation der JuLis BaWü

**E-MAIL** heldmaier@julius-bw.de



grationsthesen eines Thilo Sarrazin. Liberalismus hat verschiedene Ausprägungen und jeder mag seinen Schwerpunkt setzen. Aber der politische Liberalismus hat auch Werte – mögen die Thesen auch noch so populär sein.

Gleichzeitig sollte diese Bilanz auch die Linie im Wahlkampf vorzeichnen: Nicht das Angstmachen vor dem politischen Mitbewerber darf die Leitlinie sein, sondern das Verdeutlichen der eigenen Überzeugung. Das berühmte liberale Lebensgefühl muss im Mittelpunkt stehen. Die Warnung vor der Linkspartei mit ihren absurden wirtschafts- oder finanzpolitischen Forderungen wird der FDP nicht weiter-

helfen – der Austausch der Wählerschaft erscheint doch eher gering. Das kleinere Übel wählt niemand gerne, sondern nur das attraktive eigene Angebot. Sollen sich die anderen doch an der FDP abmühen und nicht die FDP an ihnen.

**PATRICK ARORA** (34) war Mitglied im Bundesvorstand der Jungen Liberalen, ist Rechtsanwalt und arbeitet bei einem Verband im Bereich Kapitalmarktrecht.

**E-MAIL** mail@patrick-arora.de

**FACEBOOK** Patrick Arora



### Impressum

jung+liberal ist das Mitgliedermagazin des Bundesverbandes der Jungen Liberalen. Es erscheint viermal jährlich. Zu beziehen ist jung + liberal per Abonnement, Mitglieder der Jungen Liberalen erhalten das Magazin automatisch im Rahmen ihrer Mitgliedschaft. jung + liberal wird gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

Herausgeber: Bundesverband Junge Liberale e.V., PF 540243, 10042 Berlin, Telefon: (030) 28 38 87 91, Telefax: (030) 28 38 87 99, E-Mail info@julius.de

Chefredaktion (V.i.S.d.P.): Michael Lindner  
E-Mail: lindner@julius.de

Autoren: Patrick Arora, Lasse Becker, Laura Betz, Steffen Büttgenbach, Marcus Faber, Christoph Giesa, Sven Görgens, Alexander Hahn, Konstantin Kuhle, Michael Lindner, Anke Pöhlmann, Ise Schmidt, Armin Sedlmayr, Stefan Siegle.

Lektorat: Christian Bauer, Ulrich Lechte, Katrin Säckel.

Auflage: 12.200 Exemplare

Gestaltung: Himmel & Jord, Berlin

Mit dem Namen des Autors versehene Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht, Belegexemplar erbeten. Für unverlangt eingesandte Fotos und Manuskripte übernehmen wir keine Haftung

Bildnachweise

Cover: wueStenfUXX/photocase.com

Seite 6/9: morningside/photocase.com

Seite 10: cydonna/photocase.com

Sofern nicht anders ausgewiesen sind alle Fotos und Illustrationen

© Julis/privat sowie Himmel & Jord GmbH, Berlin

AUSGABE  
04/2012

**Für die kommende Ausgabe („Weihnachtsausgabe“ / Was war, was ist, was muss kommen; die FDP auf dem Weg zur Bundestagswahl) können gern ab sofort Artikelvorschläge und Ideen an die Chefredaktion eingesandt werden. Redaktionsschluss ist Anfang August. Auch bzgl. einer Aufnahme in den Autorenverteiler, Leserbriefe und Blattkritik bitte einfach eine E-Mail an lindner@julius.de schicken.**

# e-democracy: EUER EINSATZ IST GEFRAGT

**E**ines der wichtigsten Themen im Zeitalter der elektronischen Kommunikation ist der Datenschutz. Ihr stellt Euch viele Fragen zu diesem Thema praktisch täglich: Was erfahren völlig fremde Menschen oder Unternehmen, wenn ich online Sportschuhe bestelle? Was wissen die Facebook-Bosse, wenn ich über meine Hobbys plaudere? Kann ich ein Foto von der letzten Party aus dem Netz auch wieder entfernen, ohne einen digitalen Fußabdruck zu hinterlassen?



Diese Fragen und andere müssen wir Europaparlamentarier jetzt beantworten, weil ein neuer Gesetzesvorschlag zum Thema Datenschutz in Brüssel auf dem Tisch liegt. Ich freue mich auf diese Arbeit, weil die Informations- und Kommunikationsgesellschaft zu meinen politischen Schwerpunkten gehört. Ich würde mich freuen, wenn Ihr mich bei dieser Arbeit unterstützt.

Auf meiner Homepage [www.alexander-alvaro.de](http://www.alexander-alvaro.de) habe ich unter dem Stichwort **“e-democracy”** ein Forum geschaffen, das es allen ermöglichen soll, aktiv am Gesetzgebungsprozess teilzunehmen. Mit nur drei einfachen Schritten gelingt die Öffnung des üblicherweise abgeschotteten Brüsseler Gesetzstresors. Dann kann jeder Änderungsvorschläge unterbreiten und seine Ideen einbringen.

Die direkte Mitsprache über das Internet ist ein wichtiges und zeitgemäßes Mittel für mehr Bürgernähe in Europa – die partizipative Demokratie muss die repräsentative Demokratie ergänzen. Ich bin kein Nerd, insofern hat das Tool sicher noch ein paar Kinderkrankheiten. Aber ich bin sehr gespannt, welche Vorschläge ich erhalte.

**Vielen Dank!**

**Alexander Alvaro**, Vizepräsident des Europäischen Parlaments

